

POSITION

OHNE EHRENAMT IST KEIN STAAT ZU MACHEN

Viele Menschen stellen ihre Freizeit unentgeltlich in den Dienst der Gesellschaft. Doch freiwilliges Engagement kann den Staat nicht aus der Pflicht nehmen, meint Ursula Krickl.



Für die Kommunen ist das bürgerschaftliche Engagement, die ehrenamtliche Wahrnehmung von gemeinwohlorientierten Aufgaben, also alles das, was Bürgerinnen und Bürger freiwillig für ihr Gemeinwesen leisten, unverzichtbar. Das bürgerschaftliche Engagement ist das Salz in der Suppe der Kommunalpolitik. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund tritt seit Jahren für eine Förderung dieses Engagements ein.

„Wer an den Dingen der Stadt keinen Anteil nimmt, ist kein stiller, sondern ein schlechter Bürger“, formulierte es bereits Perikles.

Die Kommunen sind der Ort des bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerengagement ist fast immer lokalgebunden. Ohne den Einsatz des Einzelnen, der Verbände, der Vereine oder der Selbsthilfegruppen wären zahlreiche kommunale Leistungen, angefangen bei der Freiwilligen Feuerwehr, über die Jugendarbeit, den Sport, die Kultur bis hin zu den sozialen Dienstleistungen, nicht oder sehr eingeschränkt durchführbar. Wir sollten dabei auch die über 300.000 ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker nicht vergessen. Sie sind die demokratische Säule der kommunalen Selbstverwaltung.

Nur durch das gemeinschaftliche Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte – Staat, Wirtschaft und Bürger – können die Herausforderungen bewältigt werden, vor denen unsere Gesellschaft in Zeiten von Geburtenrückgang und steigender Lebenserwartung steht. Insbesondere dem bürgerschaftlichen Engagement kommt hier eine wachsende Bedeutung zu. Ein Engagement, das auch politisch notwendig ist. Denn damit nehmen immer mehr Bürgerinnen und Bürger die Gestaltung ihrer jeweiligen Lebensbereiche in die eigenen Hände.

ZUR PERSON

Ursula Krickl ist Referatsleiterin für Jugendpolitik, Altenpolitik, Gesundheitswesen, Pflegeversicherung, Gleichstellungspolitik, Sozialhilferecht, Bürgerschaftliches Engagement, Bundesfreiwilligendienst und Stellvertretende Pressesprecherin beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger dürfen aber nicht zum Ausfallbürgen des Staates werden. Die Bürgerschaft darf und soll in Zeiten leerer Kassen nicht alles das richten, was die Kommunen aus ihrer Finanznot nicht mehr leisten können. Das Engagement ist für sie ein persönliches Bedürfnis. Sie reagieren aber sensibel, wenn sie das Gefühl haben, Lückenbüsser für den Abbau sozialer Dienste oder Einsparungen der Kommunen zu sein. Es geht auch nicht darum, den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Es geht vielmehr um die Menschen als Bürger in der besten historischen und aktuellen Bedeutung des Wortes: Als vorausschauende, aufmerksame und soziale Akteure, die die Zukunft ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde – gemeinsam mit der Kommune – erneuernd gestalten. Bürgerschaftliches Engagement kann und soll professionelle Angebote nicht kompensieren, sondern ergänzen.

Bürgerinnen und Bürgern muss die Möglichkeit aktiver Mitgestaltung des örtlichen Gemeinwesens eingeräumt werden. Dies ist jedoch nicht selten ein konflikträchtiger Prozess, dem sich die Kommunen immer wieder neu stellen müssen. Konkurrenzdenken sowie mangelnde Absprachen gehören zu diesem Prozess. Auch Rollenklärungen zwischen hauptamtlichen und bürgerschaftlich engagierten Akteuren sind erforderlich. Da sind noch einige Hemmnisse zu überwinden. Gewachsene Strukturen, Denk- und Handlungsweisen – ob in einer Kommune oder bei freien Trägern – zu synchronisieren mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sind nicht immer einfach. Oftmals fehlt auch das gegenseitige Verständnis auf beiden Seiten.

Die Städte und Gemeinden müssen bürgerschaftliches ehrenamtliches Engagement sichtbar machen.



LINK ZUM THEMA

Von der Vergütung bis zum Sonderurlaub – diese Internetseite beantwortet Fragen rund um das Thema Ehrenamt: www.ehrenamt-deutschland.org

Die Stärkung einer „Anerkennungskultur“ ist ein wichtiger Baustein einer lokalen Politik der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Es muss darum gehen, geeignete Formen der Würdigung und Anerkennung zu finden, die eine öffentliche Sichtbarkeit und Wertschätzung herstellen. Bürgerschaftliches Engagement ist eine wertvolle gesellschaftliche Ressource, ein knappes Gut, für dessen Ausbau und Pflege alle Anstrengungen lohnen.

Wir dürfen die unterschiedlichen Formen des Engagements aber auch nicht gegeneinander ausspielen. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss als übergreifender Ansatz verstanden werden, der sowohl traditionelle Formen einbezieht, als auch neue Formen des Engagements ermöglicht und fördert. Nutzen wir das Kapital der Bürgerinnen und Bürger. Auch Kommunalpolitiker sind ehrenamtlich bürgerschaftlich tätig. Und sie verdienen die gleiche Anerkennung wie die Bürgerinnen und Bürger.

Die Einführung des Bundesfreiwilligendienstes im Juli 2011 stellte einen weiteren wichtigen Baustein unseres sozialen Netzes dar und konnte mit seinen zahlreichen Handlungsfeldern dem bürgerschaftlichen Engagement neue Impulse geben. Der Bundesfreiwilligendienst bietet neue, spannende Einsatzmöglichkeiten vor allem in den Bereichen Sport, Jugend, Kultur. Davon profitieren nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern auch neue Zielgruppen des Bundesfreiwilligendienstes, die sich auf diese Weise für den sozialen Zusammenhalt stark machen können.

Notwendig ist der Ausbau einer engagementfördernden Infrastruktur auf kommunaler Ebene. Erprobte Einrichtungen sind zum Beispiel Büros für Selbsthilfe, Kontakt- und Informationsstellen für Initiativen, Selbsthilfekontaktstellen, Freiwilligenagenturen oder -zentren, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser, Lokale Bündnisse für Familien. Diese Einrichtungen informieren, beraten und vermitteln freiwillig Engagierte oder Menschen, die sich engagieren wollen. Sie kümmern sich um die Qualifizierung der engagierten Freiwilligen.

Durch eine konsequente Offenlegung der Entwicklungen und Zielsetzungen in den Kommunen sowie Erkennen von Bedürfnissen und einer glaubwürdigen Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements fühlen sich viele Menschen angesprochen, in verschiedene Projekte Kompetenz, Erfahrung, Wissen und Zeit zu investieren.

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich jedoch nicht standardisieren, vielmehr muss jede Kommune ihren eigenen Weg finden. 

NACHGEFRAGT BEI HANS-PETER KRÖGER

„Oft reichen schon kleine Gesten“

HANS-PETER KRÖGER, PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN FEUERWEHRVERBANDES, DARÜBER, WIE SICH DER RÜCKGANG DER FREIWEILLIGENZAHLEN LANGFRISTIG BREMSEN LÄSST.



KOMMUNAL. Wie schwer ist es geworden, genügend Ehrenamtliche für die Feuerwehr zu finden?

Hans-Peter Kröger: Die Situation ist sehr heterogen. In vielen Gegenden Deutschlands haben wir keinerlei Nachwuchsprobleme. Aber in Regionen, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind, ist es für uns sehr schwierig geworden. Insgesamt verlieren die Freiwilligen Feuerwehren pro Jahr 0,5 Prozent ihrer Mitglieder. Bundesweit ist die Lage also alles andere als bedrohlich. In bestimmten Regionen sieht das mitunter aber ganz anders aus.

Wie wollen Sie mehr Menschen für die Feuerwehr begeistern?

Wir versuchen, Kinder schon ab dem Alter von 6 Jahren spielerisch über die Brandschutzerziehung an die Jugendfeuerwehr heranzuführen. Außerdem wollen wir uns stärker für neue, bislang unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen öffnen. Dazu gehören Frauen, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund oder einer Behinderung. Auch jemand, der im

Rollstuhl sitzt, kann sich etwa im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bei uns einbringen. Um diese Menschen wollen wir gezielter werben.

Welche Forderungen haben Sie an die Kommunalpolitiker vor Ort?

Ich würde mir wünschen, dass Menschen, die sich bei der Freiwilligen Feuerwehr engagieren, bevorzugt werden, wenn sie sich für einen Job in ihrer Kommune bewerben. Gerade die Bürgermeister sollten sich gemeinsam mit dem Handwerk verstärkt darum bemühen, angehende Azubis an die Region zu binden. Sinnvoll finde ich auch eine zusätzliche Altersversorgung für Feuerwehrleute. Eine zeitgemäße technische Ausstattung der Wehren ist sicherlich ein wichtiger Motivationsfaktor für die Ehrenamtler. Da wird oft am falschen Platz gespart. Und natürlich geht es bei all dem auch um Anerkennung. Oft reichen schon kleine Gesten, wie die Ermöglichung von kostenlosen Schwimmbadbesuchen, um den Freiwilligen zu zeigen, dass die Kommunen ihren Einsatz zu schätzen wissen.